

Corporate Social Responsibility im Wohlfahrtsstaat am Beispiel des Energiemarktes im deutsch-britischen Vergleich

MARTIN KUNZE*

Vorstellung eines Dissertationsprojektes¹

1. Einleitung

Im Rahmen dieser Dissertation soll am Beispiel des Energiemarktes die sozialpolitische Rolle von Unternehmen in Deutschland und Großbritannien mit Hilfe von Unternehmensfallstudien und einer Politikfeldanalyse untersucht werden. Hierbei geht es um die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen im Bereich der sozialen Sicherung bzw. der gesellschaftlichen Inklusion. Die diesem Dissertationsprojekt zu Grunde liegende Annahme lautet, dass Unternehmen in europäischen Wohlfahrtsstaaten in neuer Art und Weise mit sozialpolitischen Themen und Problemstellungen konfrontiert, und zunehmend in deren Bearbeitung institutionell eingebunden werden (vgl. Backhaus-Maul/Kunze 2011).

Hintergrund dieses Forschungsinteresses ist zum einen, die seit Ende der 1980er Jahre einsetzende Krise europäischer Wohlfahrtsstaaten, die bspw. in sich verstetigenden Armuts- und Überschuldungsraten der Bevölkerung zum Ausdruck kommt. Mit einer kurzen zeitlichen Verzögerung gewinnen in Hinblick auf die gesellschaftliche Legitimität von Unternehmen seit Anfang der 1990er Jahre neben wirtschaftlichen, auch politische, soziale und ökologische Faktoren unternehmerischen Handelns zunehmend an Bedeutung und unter Stichworten wie Corporate Social Responsibility (CSR) oder Corporate Citizenship (CC) sozialwissenschaftliche Beachtung. Angesichts einer vielfach attestierten Überforderung sozialer Sicherungssysteme stellt sich die Frage nach dem Steuerungsmix in der Sozialpolitik neu und insbesondere derart, welchen Beitrag Unternehmen im Rahmen ihrer CSR-Strategie bei der Bearbeitung sozialer Probleme wie gesellschaftlicher Exklusion leisten können und sollen (vgl. Crane et al. 2008; Evers 2005; Lessenich 2008).

* Martin Kunze, M.A., Martin-Luther-Universität Halle, Philosophische Fakultät III, Franckeplatz 1, D-06110 Halle, Tel.: +49-(0)345-5523858, E-Mail: martin.kunze@paedagogik.uni-halle.de, Forschungsschwerpunkte: international vergleichende Wohlfahrtsstaatenforschung, Corporate Social Responsibility/Corporate Citizenship, Dritte-Sektor-Forschung.

¹ Das Dissertationsvorhaben ist eingebunden in das Forschungsprojekt „Energieunternehmen zwischen Marktlogik und öffentlichem Grundversorgungsauftrag im deutsch-britischen Vergleich. Die sozialpolitische Bedeutung von Energieunternehmen im Kontext europäischer Liberalisierungspolitik“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung.

2. Die Energiemarktliberalisierung als Katalysator der sozialpolitischen Verantwortung von Unternehmen

Als Gut der öffentlichen Grundversorgung hat Energie eine besondere gesellschaftliche Bedeutung. Wie die Versorgung mit Wohnraum, gilt die Verfügbarkeit von Energie als eine grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Inklusion. Der Begriff der Grundversorgung markiert dabei einen staatlich definierten und vertraglich regulierten Sonderstatus von Unternehmen, die Bürger in den jeweiligen Gegenstandsbereichen öffentlicher Daseinsvorsorge mit den entsprechenden Gütern und Dienstleistungen versorgen sollen, so dass ein Leben oberhalb der Armutsgrenze sowie eine gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe möglich sind. Für Unternehmen in der Energieversorgung ergibt sich daraus die Herausforderung, dem Grundversorgungsauftrag unter Marktbedingungen gerecht zu werden. Aus sozialstaatlicher Perspektive besteht die Herausforderung darin, Grundversorgung der Bevölkerung mit Energie unter Einbeziehung privatwirtschaftlicher Unternehmen zu gewährleisten und die existierenden wohlfahrtsstaatlichen Strukturen entsprechend anzupassen.

Bis Ende des 20. Jahrhunderts galten in den meisten Staaten der EU netzgebundene Wirtschaftsbereiche, wie Schienenverkehr, Telekommunikation und Energie als nicht marktförmig zu organisierende Bereiche. Während in der IT-Branche technische Innovationen dieses Paradigma aufgehoben haben, setzten in den anderen Bereichen institutionelle Regelungen den Liberalisierungstrend um. Damit ist die Idee verbunden, dass in einem weitgehend freien Markt produzierte Waren sowie Dienstleistungen effektiver und effizienter produziert und damit nicht zuletzt günstiger angeboten werden. Im Zuge der Realisierung des europäischen Binnenmarktes werden unter dieser Prämisse immer mehr Waren und Dienstleistungen über Marktmechanismen organisiert (vgl. Höpner/Schäfer 2008; Scheele 2007; Schneider/Tenbücken 2004).

Dabei wurde in zunehmendem Maße diese europäische ordnungspolitische Leitidee auch auf Bereiche der öffentlichen Grundversorgung und sog. Dienstleistungen von besonderem gesellschaftlichem Interesse angewendet (vgl. Europäische Kommission 2005). Dazu gehören soziale Dienstleistungen (vgl. Golbeck 2012), der Wohnungsmarkt (vgl. Lugger/Amann 2006: 33), die Energieversorgung oder etwa die aktuell diskutierte Liberalisierung der kommunalen Wasserversorgung.

Grundlage der europäischen Strommarktliberalisierung ist die EU-Binnenmarkt-Richtlinie (vgl. Directive 96/92/EC). Als eines der ersten EU-Mitgliedsländer setzte Deutschland 1998 diese Richtlinie mit der Novellierung des aus dem Jahr 1935 stammenden Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) in nationales Recht um. Wesentliche Elemente der Liberalisierung sind die Aufhebung der Gebietsmonopole, die Trennung der Erzeugung und des Handels von Elektrizität von der Netzbetriebung und die Öffnung des Strommarktes für andere Unternehmen. In der Bilanz dieser tiefgreifenden Reform sind in Deutschland die erwarteten Effekte weitgehend ausgeblieben. Insbesondere die steigenden Kosten für Energie sind Gegenstand einer intensiven öffentlichen Debatte (vgl. Bleicher 2006; Bundeskartellamt 2011; Growitsch/Müsgens 2005; Harms 2010; Pollitt 2007). Auch in Bezug auf die Wettbewerbssituation kann auf der einen Seite eine hohe Anbietervielfalt verzeichnet werden, die allerdings nach wie vor durch eine marktbeherrschende Position der vier Energieunternehmen E.ON,

Vattenfall, RWE und EnBW gekennzeichnet ist (vgl. Bleicher 2006; Bontrup/Marquardt 2010: 78).

Großbritannien liberalisierte den Energiemarkt bereits 1989 (Electricity Act) und vergleichbar mit der Situation in Deutschland wird der Markt von sechs Unternehmen dominiert (British Gas, EDF Energy, RWE npower, E.ON, ScottishPower und SSE; vgl. Chick 2007; Glachant/Finon 2003; HM Treasury 2010). Im Gegensatz zu Deutschland existieren seit der Privatisierung des Energiemarktes Ende der 1970er Jahre keine öffentlichen Energieunternehmen mehr (vgl. Rutledge 2010).

Der besondere Status der Energieversorgung wird in Deutschland in der Stromgrundversorgungsverordnung (StromGKV) gesetzlich geregelt. Demnach wird für jedes Versorgungsgebiet vom lokalen Netzbetreiber das Unternehmen mit dem höchsten Kundenanteil als sogenannter Grundversorger bestimmt (vgl. Bleicher 2006; EnWG §36; StromGKV §19). Mit diesem Status sind bestimmte Pflichten verbunden. So darf das Energiegrundversorgungsunternehmen weder Kunden ablehnen (z.B. aufgrund einer schlechten Bonität) noch sog. „schutzbedürftige Personengruppen“ – auch bei ausbleibenden Zahlungen – von der Stromversorgung sperren, wie z.B. Familien mit Kleinkindern und Rentner (vgl. StromGKV §19 Abs. 2; Zimmermann 2008). In Gebieten mit einer hohen Armuts- und Überschuldungsrate kann das für ein Energieunternehmen zu einem betriebswirtschaftlichen Risiko führen (vgl. BMAS 2013; DIW 2010).

Für Unternehmen haben sich durch die Energiemarktliberalisierung neue, auch durchaus lukrative Geschäftsfelder eröffnet. Gleichzeitig gelten für Energie als Gut der öffentlichen Grundversorgung besondere politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen übernehmen Unternehmen dabei auch eine hohe Produktverantwortung im Sinne der Preisgestaltung, der Versorgungssicherheit und der Verfügbarkeit von Energie – gerade für bedürftige Kunden. Unternehmen betreten dabei die sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland hoch regulierte und institutionalisierte Arena der Sozialpolitik und werden mit Themen konfrontiert, die in europäischen Wohlfahrtsstaaten in den originären Aufgabenbereich (sozial-)politischer Institutionen wie Staat, Kommunen und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege gehören.

3. CSR und Sozialpolitik

Als einer der zentralen Aspekte gesellschaftlicher Verantwortung spielt das ‚Soziale‘, d.h. die Auswirkungen unternehmerischen Handelns auf die sozioökonomischen Lebensbedingungen und gesellschaftliche Inklusion der Arbeitnehmer, Kunden sowie des lokalen Gemeinwesens innerhalb der CSR-Forschung eine wichtige Rolle (vgl. Crane et al. 2008; Mühle 2010). Innerhalb des Themenbereichs der sozialen Inklusion steht dabei die soziale Verantwortung von Unternehmen in least- und less-developed countries sowie Schwellenländern im Vordergrund (vgl. Mühle 2010; Néron 2010). Aufgrund fehlender oder unzureichend ausgebauter sozialstaatlicher Institutionen wird insbesondere multinationalen Konzernen eine besondere Verantwortung hinsichtlich Bildung, Infrastruktur oder Gesundheitswesen zugeschrieben. Im Kontext klassischer Wohlfahrtsstaaten wird hingegen v.a. die soziale Verantwortung gegenüber den Beschäftigten betont (vgl. Brejning 2012). CSR wird hierbei i.d.R. als Teil des

Personalmanagements diskutiert. Gegenüber der Gesellschaft steht v.a. das freiwillige soziale Engagement von Unternehmen im Vordergrund (vgl. Backhaus-Maul et al. 2010).

Wie in der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung verweist auch die CSR-Forschung auf den Einfluss der institutionellen Rahmenbedingungen auf CSR-Praktiken von Unternehmen (vgl. Beschorner et al. 2013; Campbell 2007; Gjølborg 2009). Im Mittelpunkt stehen dabei die spezifischen rechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Institutionen der jeweiligen Nationalstaaten (vgl. Midttun et al. 2006).

Außerhalb der Rolle als Arbeitgeber gibt es bislang in der CSR-Literatur jedoch kaum Bezüge auf sozialstaatliche Institutionen in europäischen Wohlfahrtsstaaten. Das ist insofern nicht verwunderlich, als dass durch die umfassenden sozialen Sicherungssysteme die soziale Sicherung im Rahmen rechtlich definierter Zuständigkeiten zumindest als „bearbeitet“ galt und die sozialpolitische Rolle von Unternehmen neben dem freiwilligen sozialen Engagement von Unternehmen sich im Kern auf die Rolle eines Steuer- und Beitragszahlers beschränkte, dessen sozialpolitische Interessen durch Arbeitgeber- und Unternehmensverbände repräsentiert und wahrgenommen wurden (vgl. Brejning 2012). Für das Dissertationsprojekt ist es daher von zentraler Bedeutung, die historisch gewachsene und aktuelle Einbindung von Unternehmen in sozialstaatliche Institutionen zu untersuchen.

Bei der Entstehung und Institutionalisierung europäischer Wohlfahrtsregime spielten Unternehmen eine bedeutsame Rolle, wenn auch in sehr unterschiedlicher nationalstaatlicher Ausprägung (vgl. Esping-Andersen 1990; Hall/Soskice 2001; Korpi 1983). Umfassende Sozialpolitik wurde zunächst als Ergebnis sozialdemokratischer politischer Leitideen in Verbindung mit starken Gewerkschaften verstanden, die mit einer „politics against markets“ negative soziale Folgen unternehmerischen Handelns zu kompensieren suchte (vgl. Esping-Andersen 1990; Huber/Stevens 2001; Korpi 1983; Thelen 2002). Die sozialpolitische Bedeutung von Unternehmen besteht aus dieser Perspektive v.a. darin, über Verbände die finanzielle Beteiligung an sozialpolitischen Maßnahmen weitgehend einzuzugrenzen. Entgegen dieser Annahme entwickelte sich eine zweite wissenschaftliche Perspektive, die, insbesondere in hoch spezialisierten Wirtschaftszweigen, Eigeninteressen von Unternehmen an Sozialpolitik hervorhebt (vgl. Hall/Soskice 2001; Mares 2003; Swenson 2002). Demnach ist die Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen nicht Ergebnis von Auseinandersetzungen zwischen Klassen oder zwischen Arbeit und Kapital (vgl. Streeck 1999), sondern zwischen Wirtschaftssektoren, innerhalb derer Allianzen von Arbeitgebern und Gewerkschaften ähnliche Ziele verfolgen können (vgl. Swenson 2002; Klenk/Nullmeier 2010). Unter beiden Prämissen wurden Unternehmen bislang besonders in ihrer sozialpolitischen Rolle v.a. als Arbeitgeber samt Verbandsstrukturen analysiert.

Auf Ebene der Organisation kann zum einen die lange Tradition betrieblicher Sozialpolitik hervorgehoben werden, die in liberalen Gesellschaftsformen, wie den USA, eine zentrale Säule der Wohlfahrtsproduktion darstellt und in konservativen Wohlfahrtsstaaten, wie Deutschland, eine ergänzende wohlfahrtsstaatliche Funktion übernimmt (vgl. Fiedler 1996; Hax 1977; Howard 1997; Seeleib-Kaiser 2002). Weiterhin spielen Unternehmen als einzelne Akteure vor dem Hintergrund der Deregulierung des Dienstleistungssektors und der Entstehung von ‚Welfare Markets‘ als private An-

bieter sozialer Dienstleistungen eine bedeutende sozialpolitische Rolle, wodurch sich bedeutsame Veränderungen in den Governancestrukturen sozialpolitischer Steuerung ergeben (vgl. Evers 2005; Klenk/Nullmeier 2010).

Die international vergleichende Wohlfahrtsstaatenforschung befasst sich also v.a. mit Unternehmen in ihrer Rolle als Arbeitgeber, über ihre Verbände und zuletzt als Produzenten sozialer Dienstleistungen. Unter Berücksichtigung dessen soll in diesem Dissertationsprojekt die sozialpolitische Rolle von Unternehmen um eine weitere Dimension ergänzt und untersucht werden.

4. Forschungsdesign und erste Ergebnisse der Dissertation

Die Dissertation zielt darauf ab, diese sozialpolitische Verantwortung von Unternehmen in Deutschland und Großbritannien zu untersuchen. Innerhalb der Europäischen Union gelten beide Länder als Prototypen deutlich von einander unterscheidbarer Kapitalismus- und Wohlfahrtsregimetypten (vgl. Esping-Andersen 1990; Hall/Soskice 2001). Die Leistungen des liberalen Wohlfahrtsregimetypten Großbritanniens orientieren sich demnach weitgehend an einer Existenz-, bzw. Grundsicherung für alle Bürger, während der konservativ-korporatistische Wohlfahrtsregimetypten Deutschlands weitgehend auf eine einkommens- und beitragsabhängige Statussicherung ausgerichtet ist (vgl. Esping-Andersen 1990). Im Gegensatz zu Großbritannien sind Unternehmen in Deutschland über ihre Verbände in politische Entscheidungsprozesse inkorporiert und zudem über Sozialpartnerschaften mit den Gewerkschaften in ein institutionalisiertes System der Lohnverhandlungen eingebunden. Der deutsch-britische Vergleich ermöglicht es somit, die Effekte der europäischen Liberalisierungspolitik auf nationalstaatliche Politikgestaltung und Unternehmenshandeln vor dem Hintergrund unterschiedlicher historischer, institutioneller und kultureller Rahmenbedingungen zu untersuchen.

Die international vergleichende Analyse von CSR und sozialpolitischen Institutionen geschah bislang v.a. in Form quantitativer Studien. Für dieses Dissertationsprojekt scheint jedoch ein explorativer, qualitativer Zugang passend, um die noch weitgehend unbekannt und auf unterschiedliche Art und Weise plausibel erscheinenden Verbindungen von Sozialpolitik und CSR in Fragen der Grundsicherung zu untersuchen. Die Erkenntnisse werden auf Grundlage von Unternehmensfallstudien in Deutschland und Großbritannien sowie einer Politikfeldanalyse gewonnen.

Im Rahmen der Politikfeldanalyse wird analysiert, welche Bedeutung das Thema der öffentlichen Grundversorgung bei der Energiemarktliberalisierung hat und wie es Eingang in die europäische und nationalstaatliche Gesetzgebung findet. Dazu werden neben einer qualitativen Analyse von Gesetzestexten und Positionspapieren, Experten aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in teilstandardisierten Interviews befragt. Die begonnene Dokumentenanalyse deutet bislang auf unterschiedliche und auf den ersten Blick kontra-intuitive Entwicklungen der Politikgestaltung hin. Großbritannien hat nicht nur als eines der ersten Länder innerhalb der EU den Energiemarkt liberalisiert, es ist bislang auch das einzige Land mit einer dezidierten Politik in Bezug auf Energiearmut – und das bereits seit 1996 (vgl. Boardman 2010a; Chick 2007). Energieunternehmen werden dabei in zunehmendem Maße aktiv in diese Politik eingebunden. So wurden in der „UK fuel poverty strategy“ Unternehmen durch die Regierung

zunächst aufgefordert, freiwillig einen Sozialtarif anzubieten und 2008 dazu gesetzlich verpflichtet. Ein anderes Beispiel ist, dass die britische Netzregulierungsbehörde in einem jährlichen Bericht durchgeführte Stromsperrungen pro Energieunternehmen veröffentlicht (vgl. Boardman 2010b). Im Jahr 2009 waren demnach ca. 21 Prozent aller britischen Haushalte von Energiearmut betroffen und es wurden ca. 3500 Stromsperrungen durchgeführt (vgl. Ofgem 2009: 11). Eine ähnliche Tendenz, wenn auch später einsetzend, ist für die Politikgestaltung der Europäischen Kommission zu beobachten. Die erste Energiebinnenmarkttrichtlinie nimmt keinen Bezug auf Energiearmut, weist aber ausdrücklich darauf hin, dass die „Mitgliedstaaten [...] bei uneingeschränkter Beachtung der einschlägigen Bestimmungen des Vertrags, [...] den Elektrizitätsunternehmen gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Allgemeininteresse auferlegen“ können (vgl. EK 96/92/EG: 6). Im Gegensatz dazu wird in der aktuell dritten Energiebinnenmarkttrichtlinie Energiearmut als ein zentrales gesellschaftliches Problem definiert und die Mitgliedsstaaten aufgefordert, ein Monitoring sowie geeignete gesetzliche Regelungen in Bezug auf Energiearmut und die Vermeidung von Stromsperrungen zu implementieren. In Deutschland sind entsprechende Ansätze derzeit nicht erkennbar und die aktuellen Entwicklungen in der Gesetzgebung deuten auf eine Fortführung der De-Regulierungspolitik hin. Somit können für Deutschland noch keine Aussagen zu den Energiearmutsraten getroffen werden. Stromsperrungen werden von der Bundesnetzagentur ab dem Berichtsjahr 2011 erhoben. Demnach wurden 2001 ca. 310.000 private Haushalte von der Stromversorgung getrennt (vgl. Bundesnetzagentur 2013: 124). Diese große Diskrepanz zwischen Großbritannien und Deutschland deutet auf ein in Deutschland bislang politisch völlig unterschätztes Phänomen hin.

Der zweite Schwerpunkt des empirischen Teils der Untersuchung liegt auf den Unternehmensfallstudien in Deutschland und Großbritannien. Dabei sollen ein Großteil der insgesamt zehn marktbeherrschenden Unternehmen in beiden Ländern hinsichtlich ihrer Wahrnehmung, Interpretation und Reaktion bezüglich ihrer sozialpolitischen Rolle untersucht werden. Die Fallstudien beruhen v.a. auf zwei Datenquellen. Zum einen sollen Dokumente der zu untersuchenden Organisationen ausgewertet werden. Diese wurden i.d.R. zum Zweck der externen Organisationskommunikation erstellt, und liefern somit neben inhaltlichen Informationen wichtige Hinweise auf die Deutungsmuster der zu untersuchenden Organisation, da sie aus Sicht der Organisation Sinn stiften sollen, z.B. Nachhaltigkeitsberichte.² Zum Zweiten sollen Interviews mit relevanten Akteuren in den Organisationen geführt werden, welche Auskunft über ihr eigenes Handlungsfeld geben sollen (vgl. Flick 1995; Lewis/Ritchie 2003; Meuser/Nagel 2009; Morse 1994). Die besondere Bedeutung der zehn Unternehmen für das Dissertationsprojekt äußert sich zudem in ihrem Einfluss im energiepolitischen Gesetzgebungsprozess, die sie v.a. über ihre Verbände auf nationaler und europäischer Ebene ausüben. Durch diese Fallauswahl wird es zudem möglich, Unternehmen zu untersuchen, die in beiden Ländern als Energieversorgungsunternehmen in der öffentlichen Grundversorgung tätig sind. Mit Hilfe der Fallstudien sollen unterschiedliche

² In den branchenspezifischen Empfehlungen der Global Reporting Initiative „Electric Utilities Sector Supplement“ (EUSS) sehen drei Indikatoren Informationen zum Umgang mit bedürftigen bzw. gefährdeten Kunden oder der Anzahl vom Versorgungsnetz getrennten Haushalte aufgrund ausstehender Zahlungen vor.

Muster in der Wahrnehmung, Deutung und Reaktion auf soziale Probleme und sozialpolitische Themen herausgearbeitet werden. Dabei ist zu erwarten, dass Unternehmen – vor dem Hintergrund unterschiedlicher institutioneller Umweltbedingungen in Deutschland und Großbritannien – soziale Probleme unterschiedlich deuten und gleichzeitig unterschiedliche Lösungsstrategien vorschlagen und auch praktizieren.

5. Vorläufiges Fazit

Die erkennbaren Unterschiede im Umgang mit der europäischen Liberalisierungspolitik auf Ebene der Politikgestaltung und des sozialen Engagements von Unternehmen in Bezug auf Energiearmut in Deutschland und Großbritannien sollen in ihren kulturellen und institutionellen Grundlagen im Rahmen dieses Dissertationsprojektes herausgearbeitet werden.

Die skizzierte – neue – sozialpolitische Rolle von Unternehmen geht in diesem Sinne über die eingangs beschriebene betriebliche Sozialpolitik, die Personalpolitik oder ein freiwilliges Engagement im Gemeinwesen hinaus. Es geht vielmehr um Stakeholderinteressen, d.h. die Unternehmensumwelt. Sozialpolitische Problemstellungen werden von außerhalb an Unternehmen herangetragen und beziehen sich auf weite Teile der Bevölkerung.

Literaturverzeichnis

- Backhaus-Maul, H./Biedermann, C./Nährlich, S./Polterauer, J.* (Hrsg.) (2010): Corporate Citizenship in Deutschland. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Backhaus-Maul, H./Kunze, M.* (2011): Unternehmen als sozialpolitische Akteure? Empirische Beobachtungen und wissenschaftliche Fragestellungen, Dokumentation zur Jahrestagung „Infrastrukturwandel im Wohlfahrtsstaat“, Sektion Sozialpolitik der deutschen Gesellschaft für Soziologie, Kassel, 21–31.
- Beschborner, T./Hajduk, T./Simeonov, S.* (Eds.) (2013): Corporate Responsibility in Europe: Government Involvement in Sector-Specific Initiatives, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Bleicher, A.* (2006): Die Institutionalisierung eines organisationalen Feldes: das Beispiel der Elektrizitätswirtschaft, Dissertation, Cottbus.
- Boardman, B.* (2010a): Liberalisation and fuel poverty, in: Rutledge, I./Wright, P. (Eds.): UK Energy Policy and the End of Market Fundamentalism, Oxford: Oxford University Press, 225–280.
- Boardman, B.* (2010b): Fixing fuel poverty. Challenges and Solutions, London: Earthscan.
- Bontrup, H. J./Marquardt, R. M.* (2010): Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Branchenentwicklung – Unternehmensstrategien – Arbeitsbeziehungen, Reihe: Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 112, Berlin: edition sigma.
- Brejning, J.* (2012): Corporate Social Responsibility and the Welfare Stat. The Historical and Contemporary Role of CSR in the Mixed Economy of Welfare, Surrey: Ashgate Publishing.
- Bundeskartellamt* (2011): Sektoruntersuchung – Stromerzeugung – Stromgroßhandel, Bericht gemäß § 32c Abs. 3 GWB, Bonn.
- Bundesnetzagentur* (2013): Monitoringbericht 2012, Bonn.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)* (2013): Lebenslagen in Deutschland: 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.

- Campbell, J.* (2007): Why Would Corporations Behave in Socially Responsible Ways? An Institutional Theory of Corporate Social Responsibility, in: *Academy of Management Review*, Vol. 32/No. 3, 946–967.
- Chick, M.* (2007): Electricity and Energy Policy in Britain, France and the United States since 1945, Northampton: Edward Elgar Publishing.
- Crane A./Matten, D./Moon, J.* (2008): *Corporations and Citizenship*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* (2010): *Wochenbericht* 77, Jg. 7.
- Esping-Andersen, G.* (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Polity Press.
- Europäische Kommission* (2005): Commission Decision of 28 November 2005 on the application of Article 86(2) of the EC Treaty to State aid in the form of public service compensation granted to certain undertakings entrusted with the operation of services of general economic interest, C(2005) 2673, Brüssel.
- European Parliament/Council* (1996): Directive 96/92/EC concerning common rules for the internal market in electricity. In: *Official Journal L* 027, 30/01/1997, 20–29.
- Evers, A.* (2005): Mixed Welfare Systems and Hybrid Organizations: Changes in the Governance and Provision of Social Services, in: *International Journal of Public Administration*, Jg. 28/Heft 9/10, 737–748.
- Fiedler, M.* (1996): Betriebliche Sozialpolitik in der Zwischenkriegszeit, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 22/Heft 3, 350–375.
- Flick, U.* (1995): *Qualitative Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen in Psychologie und Sozialwissenschaften*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Gjølberg, M.* (2009): The origin of corporate social responsibility: global forces or national legacies?, in: *Socio-Economic Review* Vol. 7/No. 4, 605–637.
- Glachant, J.-M./Finon, D.* (Eds.) (2003): *Competition in European electricity markets: a cross-country comparison*, Northampton: Edward Elgar Publishing.
- Golbeck, C.* (2012): *Soziale Dienste in Europa zwischen Kooperation und Konkurrenz. Deutsche und englische NPOs als Governance-Akteure*, Berlin: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge.
- Gronitsch, C./Müsgens, F.* (2005): Die Liberalisierung des deutschen Strommarktes – ein Erfolgsmodell?, in: *Wirtschaft im Wandel*, Heft 12, 383–387.
- Hall, P.A./Soskice, D.* (Eds.) (2001): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford: Oxford University Press.
- Harms, G.* (2010): Gerechtfertigte Strompreiserhöhungen? Kurzzutachten im Auftrag der Fraktionsgeschäftsführung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Leverkusen.
- Hax, K.* (1977): Sozialpolitik – betriebliche, in: *Albers, W.* (Hrsg.): *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HDWW)*, Stuttgart: Vandenhoeck + Ruprecht, 76–85.
- HM Treasury* (2010): *Energy Market Assessment*, London.
- Höpner, M./Schäfer, A.* (2008): Eine neue Phase der europäischen Integration: Legitimitätsdefizite europäischer Liberalisierungspolitik, in: *dies.* (Hrsg.): *Die Politische Ökonomie der europäischen Integration*, Frankfurt/New York: Campus, 129–158.
- Howard, C.* (1997): *The Hidden Welfare State: Tax Expenditures and Social Policy in the United States*, Princeton/New York: Princeton University Press.
- Huber, E./Stevens, J. D.* (2001): *Development and Crisis of the Welfare State. Parties and Policies in Global Markets*, Chicago/London: The University Press.
- Klenk, T. /Nullmeier, F.* (2010): Welfare industries: enterprises as providers of public goods, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Jg. 4/Heft 1, 29–52.
- Korpi, W.* (1983): *The Democratic Class Struggle*, London: Routledge & Kegan Paul.

- Lessenich, S.* (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld: Transcript.
- Lewis, J./Ritchie J.* (2003): Generalising from Qualitative Research, in: Ritchie, J./Lewis, J. (Eds.): Qualitative Research Practice. A Guide for Social Science Students and Researchers, Thousand Oaks/ London/New Delhi: Sage, 263–286.
- Lugger, K./Amann, W.* (Hrsg.) (2006): Der soziale Wohnbau in Europa. Österreich als Vorbild, Wien.
- Mares, I.* (2003): The Politics of Social Risk: Business and Welfare State Development, Cambridge: Cambridge University Press.
- Meuser, M./Nagel, U.* (2009): Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage, in: Pickel, S./Pickel, G./Lauth, H.-J./Jahn, D. (Hrsg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen, Wiesbaden: VS Verlag, 465–479.
- Midttun, A./Gautesen, K./Gjølberg, M.* (2006): The Political Economy of CSR in Western Europe, in: Corporate Governance, Vol. 6/No. 4, 369–385.
- Morse, J. M.* (1994): Designing Funded Qualitative Research, in: Denzin, N. K./Lincoln, Y. S. (Eds.): Handbook of Qualitative Research, Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage, 220–235.
- Müble, U.* (2010): The Politics of Corporate Social Responsibility. The Rise of a Global Business Norm, Frankfurt/New York: Campus.
- Néron, P.-Y.* (2010): Business and the Polis: What Does it Mean to See Corporations as Political Actors?, in: Journal of Business Ethics, Vol. 94/No. 3, 333–352.
- Office of Gas and Electricity Markets (Ofgem)* (2009): Review of protection for vulnerable customers from disconnection, London.
- Pollitt, M.* (2007): The arguments for and against ownership unbundling of energy transmission networks, ESRC Electricity Policy Research Group University of Cambridge.
- Rutledge, I.* (2010): UK Energy Policy and Market Fundamentalism: a Historical Overview, in: Rutledge, I./Wright, P. (Eds.): UK Energy Policy and the End of Market Fundamentalism, Oxford: Oxford University Press, 1–35.
- Scheele, U.* (2007): Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung in netzgebundenen Infrastruktursektoren, in: Gust, D. (Hrsg.): Wandel der Stromversorgung und räumliche Politik. Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover: Verl. der ARL, 35–67.
- Schneider, V./Tenbücken, M.* (Hrsg.) (2004): Der Staat auf dem Rückzug. Die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Seeleib-Kaiser, M.* (2002): Betriebliche Sozialpolitik oder mehr Staat? Das Modell USA revisted, ZES-Arbeitspapier 12/2002.
- Streeck, W.* (Hrsg.) (1999): Korporatismus in Deutschland. Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Frankfurt/New York: Campus.
- Swenson, P.* (2002): Capitalists against Markets: The Making of Labor Marktes and Welfare States in the United States and Sweden, New York: Oxford University Press.
- Thelen, K.A.* (2002): The Political Economy of Business and Labor in the Developed Democracies, in: Katznelson, I./Milner, H.V. (Eds.): Political Science: The State of the Disciplin, New York: W.W. Norton & Company, 371–403.
- Zimmermann, G.E.* (2008): Armut und Überschuldung, in: Schufa Kreditholding AG (Hrsg.). Schulden-Kompass 2008. Wiesbaden, 131–160.